

Stand: 08.02.2026 08:55:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16766

"Antisemitismus entschieden bekämpfen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16766 vom 09.05.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18678 des KI vom 19.10.2017
3. Beschluss des Plenums 17/18962 vom 09.11.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Antisemitismus entschieden bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt den Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung zur Kenntnis und bedauert, dass sich viele Menschen jüdischen Glaubens aufgrund alltäglicher antisemitischer Erfahrungen zunehmend um ihre Sicherheit sorgen müssen. Es ist eine Schande, dass auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft in erheblichem Umfang antisemitische Einstellungen in unterschiedlichen inhaltlichen Ausprägungen vorhanden sind, die auf verbreiteten Vorurteilen, tief verwurzelten Klischees bzw. auf schlichtem Unwissen über Juden und Judentum basieren. Er schließt sich der Forderung an, dass judentfeindliche Strömungen unter Extremisten oder in der gesellschaftlichen Mitte auf keinen Fall verharmlost werden dürfen. Der Landtag spricht sich angesichts der historischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland dafür aus, dass Antisemitismus auf allen Ebenen entschieden bekämpft werden muss und dass deshalb die Empfehlungen des Expertenkreises umgesetzt werden sollten. Insbesondere hält der Landtag es für erforderlich, dass in die Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern künftig ein Kapitel zum Antisemitismus in linksextremen und islamistischen Gruppen und Zirkeln nach dem Vorbild des jährlichen Berichtsteils zum Rechtsextremismus aufgenommen wird. Außerdem sollen die Polizeibehörden bei der Erfassung antisemitischer Straftatbestände ggf. die Kategorie „Ausländer“ nach Staatsangehörigkeiten aufschlüsseln bzw. sonstige aussagekräftige Kategorien für Täter mit Migrationshintergrund einführen.

2. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert,
 - a) sich auf allen Ebenen für eine Umsetzung der Empfehlungen des Expertenkreises einzusetzen,
 - b) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass antisemitische Einstellungen in den Integrationskursen zu einem zentralen Thema gemacht werden und ergänzend hierzu vor- und nachbereitete begleitete Besuche einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus oder eines NS-Dokumentationszentrums ermöglicht werden und
 - c) in allen weiterführenden Schularten mit Ausnahme der Förderschulen den verpflichtenden (vor- und nachbereiteten) Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus oder eines NS-Dokumentationszentrums vorzusehen.

Begründung:

Dem kürzlich veröffentlichten Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung zufolge ist weiterhin das rechtsextremistische Lager Hauptträger von Antisemitismus. Doch auch unter den Linksextremen gibt es Positionen, die einen antisemitischen Diskurs befördern können. Neuer Träger von Antisemitismus ist inzwischen auch der Islamismus. Leider beläuft sich auch in der Bevölkerung der latente Antisemitismus auf etwa 20 Prozent, so dass seit 2007/2008 wieder ein Anstieg antisemitischer Einstellungen festzustellen ist. Diesem Trend muss unbedingt Einhalt geboten werden. Die Handlungsempfehlungen des Expertenkreises sollten deshalb umgesetzt werden. Darüber hinaus ist es unseres Erachtens erforderlich, dass dem Antisemitismus mit gezielter Bildungsarbeit entgegengewirkt wird. Viele Flüchtlinge kommen aus Staaten, in denen Judenhass und Israelfeindlichkeit vorherrschen. Die Herausforderung besteht nach Ansicht der Beauftragten der Bundesregierung für Flüchtlinge und Integration darin, Menschen deutsche Geschichte zu vermitteln, die wenig über den Holocaust wissen und von denen viele aus Ländern kommen, in denen Konflikte mit Israel zu pauschalen negativen Ansichten über Juden geführt haben. In den Kursen sollten deshalb künftig antisemitische Einstellungen zu einem zentralen Thema gemacht werden. Hierfür bieten sich unter anderem die Integrationskurse an, deren Ziel es ist, ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache zu

vermitteln und Alltagswissen sowie Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte Deutschlands, insbesondere auch der Werte des demokratischen Staatswesens der Bundesrepublik Deutschland und der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung, Toleranz und Religionsfreiheit zu vermitteln (§ 43 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG, § 3 der Integrationskursverordnung – IntV). Der Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus oder eines NS-Dokumentationszentrums wäre eine gute Ergänzung des Integrationskur-

ses, müsste aber ausreichend vor- und nachbereitet werden. Auch an allen weiterführenden Schularten sollte ein verpflichtender Besuch in einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus oder eines NS-Dokumentationszentrums eingeführt werden. Derzeit ist lediglich an Gymnasien und Realschulen der verpflichtende Besuch vorgesehen. Bei den Förderschulen sollte es weiterhin bei einer Empfehlung bleiben. Deutschland muss seiner historischen Verantwortung nachkommen und gegen antisemitische Einstellungen gezielt und mit Nachdruck vorgehen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere
Sicherheit und Sport**

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/16766

Antisemitismus entschieden bekämpfen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Eva Gottstein**
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und der Ausschuss für Bildung und Kultus haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 5. Juli 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/16766, 17/18678

Antisemitismus entschieden bekämpfen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 7. November die unter der Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die ‚EU-Cybersicherheitsagentur‘ ... und zur Aufhebung der Verordnung ... Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ... Bundesratsdrucksache 680/17", beraten und empfohlen hat, auf die in der Drucksache 17/18826 aufgeführten Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion bzw. als fraktionsloser Abgeordneter mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Subsidiaritätsangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Subsidiaritätsangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“), COM (2017) 477 final,
BR-Drs. 680/17
Drs. 17/18826, 17/18837 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus entschieden bekämpfen!
Drs. 17/16766, 17/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
Drs. 17/16970, 17/18674 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern
Drs. 17/17487, 17/18679 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Antisemitismus entschlossen entgegentreten
Drs. 17/17525, 17/18681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lärmschutz an der A 6 im Stadtgebiet Ansbach
Drs. 17/16135, 17/18794 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters Drs. 17/16345, 17/18795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anhörung zur Schwimmfähigkeit in Bayern Drs. 17/17773, 17/18682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kindermord in Arnschwang: Sonderermittler einsetzen Drs. 17/17575, 17/18676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug in der Pflege Drs. 17/17593, 17/18695 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Packungsbeilage für Arzneimittel in „Leichter Sprache“
Drs. 17/17595, 17/18696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tram-Nordtangente in München verwirklichen
Drs. 17/17816, 17/18797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Barbara Stamm,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Stärkung der Betreuungsvereine
Drs. 17/17860, 17/18789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Barbara Stamm, Peter Winter, Oliver Jörg u.a. CSU
Weiterentwicklung des Studienzweigs Musik am Matthias-Grünewald-
Gymnasium Würzburg im Sinne der Begabten- und Hochbegabtenförderung
Drs. 17/17862, 17/18800 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen
Drs. 17/18252, 17/18690 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden!
Drs. 17/17815, 17/18799 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

